

Hochschule Harz

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Exposé

Für eine Bachelorarbeit

**Arbeitstitel: Die rechtliche Anerkennung von
Geschlechtsidentität in Europa: Ein vergleichender
Überblick**

angefertigt an der

Hochschule Harz

Fachbereich Verwaltungswissenschaften

Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ - Vollzeitvariante

Studienort: Halberstadt

Name: Katharina Heße

Matrikelnummer: 30552

Anschrift: Mergelweg 33

39130 Magdeburg

E-Mail Adresse: katharina-hesse-magdeburg@web.de

1. Betreuer: Frau Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen

2. Betreuer:

1 Einleitung, Forschungsfrage und Zielsetzung

Einleitung

Die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität ist ein wichtiger Bestandteil der Gleichbehandlung und der gesellschaftlichen Teilhabe von transgeschlechtlichen Personen. In Deutschland regelte das Transsexuellengesetz (TSG) aus dem Jahr 1981 die Änderung des Geschlechtseintrags. Das Verfahren sah vor, dass transgeschlechtliche Personen medizinische Gutachten sowie ein gerichtliches Verfahren durchlaufen mussten, um ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Diese Regelungen wurden zunehmend als problematisch angesehen, da sie als bürokratisch und belastend für die betroffenen Personen galten. In Reaktion darauf wurde im Jahr 2024 das Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet, das am 1. November 2024 in Kraft tritt und eine einfachere Änderung des Geschlechtseintrags ermöglicht, ohne dass medizinische oder psychologische Gutachten erforderlich sind.

In vielen anderen europäischen Ländern existieren jedoch weiterhin unterschiedliche Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität. Einige Länder haben ähnlich wie Deutschland Reformen durchgeführt, die die rechtliche Anerkennung erleichtern, während in anderen Ländern nach wie vor strenge Anforderungen an die Änderung des Geschlechtseintrags gestellt werden. Diese unterschiedlichen rechtlichen Regelungen haben verschiedene Auswirkungen auf die betroffenen Personen, sowohl in Bezug auf den bürokratischen Aufwand als auch auf die rechtlichen Auswirkungen, insbesondere den Zugang zu Rechten und den Schutz vor Diskriminierung.

Forschungsfrage:

Inwieweit entsprechen die rechtlichen Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in Deutschland, Malta und Ungarn den europäischen Vorgaben des Gleichheitsgrundsatzes und gewährleisten den Schutz vor Diskriminierungen?

Zielsetzung:

Ziel dieser Arbeit ist es, die rechtlichen Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in Deutschland im Vergleich zu Malta und Ungarn dahingehend zu untersuchen, inwieweit sie den europäischen Vorgaben zum Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsschutz entsprechen. Dabei wird insbesondere analysiert, wie der Zugang zur Änderung des Geschlechtseintrags gesetzlich gestaltet ist, welche Anforderungen gestellt werden und wie die Verfahren ausgestaltet sind.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Bewertung der Auswirkungen dieser Regelungen auf transgeschlechtliche Personen hinsichtlich ihres Zugangs zu Rechten, des Diskriminierungsschutzes sowie der gesellschaftlichen Anerkennung. Ziel ist es, die Effekte der verschiedenen Rechtsmodelle auf die Verwirklichung europäischer Gleichheitsstandards sowie auf die Lebensrealität der Betroffenen zu beurteilen und daraus mögliche Veränderungsbedarfe etwa im Hinblick auf einen vergleichbaren Schutz in allen EU-Mitgliedstaaten aufzuzeigen.

2 Forschungsstand

Die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität ist ein zentraler Bestandteil der Gleichstellung und gesellschaftlichen Teilhabe von transgeschlechtlichen Personen. In den vergangenen Jahren hat sich die Forschung verstärkt mit den Auswirkungen gesetzlicher Reformen auf die Lebensrealität von Transpersonen in verschiedenen europäischen Ländern beschäftigt. In Deutschland wurde das Transsexuellengesetz aus dem Jahr 1981, das eine medizinische sowie gerichtliche Begutachtung für die Änderung des Geschlechtseintrags vorsah, im Jahr 2024 durch das Selbstbestimmungsgesetz ersetzt. Diese Reform ermöglicht eine vereinfachte und entpathologisierte Änderung des Geschlechtseintrags ohne medizinische Nachweise und wird als bedeutender Fortschritt gewertet.

Einige europäische Staaten wie Malta haben vergleichbare Regelungen bereits deutlich früher eingeführt. In Malta wurde im Jahr 2015 das Gesetz über Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und geschlechtliche Merkmale verabschiedet, das eine selbstbestimmte rechtliche Anerkennung vorsieht. Studien zeigen, dass diese Reformen die Lebensqualität von transgeschlechtlichen Personen verbessert haben, indem sie den Zugang zur rechtlichen Anerkennung erleichtert, gesellschaftliche Anerkennung gefördert und den Schutz vor Diskriminierung gestärkt haben.

Demgegenüber stehen Länder wie Ungarn, in denen weiterhin restriktive oder rückschrittliche Regelungen gelten. Diese erschweren die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität erheblich oder schließen sie gänzlich aus, was zu einer anhaltenden Benachteiligung und Marginalisierung von Transpersonen führt.

Die Forschung belegt, dass die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität nicht nur den administrativen Aufwand betrifft, sondern weitreichende Folgen für den Zugang zu Rechten, den Diskriminierungsschutz und die gesellschaftliche Inklusion hat.

3 Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen dieser Arbeit basiert auf einer qualitativen Analyse der rechtlichen Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in Deutschland sowie in den ausgewählten europäischen Ländern Malta und Ungarn. Im Fokus steht ein rechtswissenschaftlicher Vergleich der gesetzlichen Rahmenbedingungen mit besonderem Blick auf den Gleichheitsgrundsatz und den Schutz vor Diskriminierung nach europäischen Vorgaben.

3.1 Rechtsvergleichende Analyse

Im ersten Schritt wird eine rechtsvergleichende Analyse der gesetzlichen Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in den drei Ländern durchgeführt. Dabei werden insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Änderung des Geschlechtseintrags, die formalen Anforderungen an den Antrag sowie die Ausgestaltung der jeweiligen Verfahren untersucht. Die Analyse stützt sich auf relevante Gesetzestexte, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen aus Deutschland, Malta und Ungarn. Ziel ist es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Regelungen herauszuarbeiten und diese im Hinblick auf den europarechtlichen Gleichheitsgrundsatz sowie den Diskriminierungsschutz zu bewerten.

3.2 Kontextuelle Einordnung anhand verfügbarer Quellen

Da belastbare empirische Studien zu den konkreten Auswirkungen der rechtlichen Regelungen in den untersuchten Ländern derzeit nur begrenzt vorliegen, erfolgt eine kontextuelle Einordnung der analysierten Gesetze anhand verfügbarer sekundärer Quellen. Dazu zählen insbesondere Berichte von NGOs, Menschenrechtsorganisationen und Stellungnahmen internationaler sowie nationaler Institutionen. Diese Dokumente liefern Anhaltspunkte zur rechtlichen und gesellschaftlichen Bewertung der jeweiligen Regelungen, insbesondere in Bezug auf den Gleichheitsgrundsatz und den Diskriminierungsschutz. Ziel ist es, die gesetzlichen Vorschriften in ihren politischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen, ohne dabei verallgemeinernde Aussagen über deren tatsächliche Auswirkungen auf die Lebensrealität transgeschlechtlicher Personen zu treffen.

3.3 Sekundäranalyse und europäischer Rahmen

Zur Ergänzung werden einschlägige wissenschaftliche Publikationen sowie internationale Berichte, insbesondere von EU-Organen und dem Europarat, in die Analyse einbezogen. Diese dienen dazu, die nationalen Regelungen in einen breiteren europäischen Kontext einzuordnen. Auf dieser Grundlage können grundlegende Tendenzen sowie rechtliche Standards identifiziert werden, die zur Bewertung der untersuchten Regelungen im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz und den Diskriminierungsschutz herangezogen werden.

4 Vorläufige Gliederung der Arbeit

1 Einleitung

- 1.1 Einführung in die Relevanz der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität
- 1.2 Zielsetzung, Forschungsfrage und methodisches Vorgehen
- 1.4 Aufbau der Arbeit

2 Theoretischer Hintergrund und Begriffserklärung

- 2.1 Definition von Geschlechtsidentität und Transgeschlechtlichkeit
- 2.2 Rechtliche Anerkennung im menschenrechtlichen Kontext: EMRK, Yogyakarta-Prinzipien, EU-Grundrechtscharta
- 2.3 Bedeutung der rechtlichen Anerkennung für Transpersonen

3 Rechtliche Rahmenbedingungen in Deutschland

- 3.1 Das Transsexuellengesetz (TSG) von 1981: Anforderungen und Verfahren
- 3.2 Reformen und die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes
- 3.3 Auswirkungen des Selbstbestimmungsgesetzes auf die rechtliche Praxis und Gesellschaft

4 Rechtliche Regelungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität ausgewählter Mitgliedstaaten der EU

- 4.1 Malta
 - 4.1.1 Rechtliche Grundlagen und Reformen
 - 4.1.2 Bewertung der Regelung im Hinblick auf Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsschutz
- 4.2 Ungarn
 - 4.2.1 Rechtliche Grundlagen und Reformen
 - 4.2.2 Bewertung der Regelung im Hinblick auf Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsschutz

5 Vergleichende Analyse der rechtlichen Regelungen und ihrer Auswirkungen

- 5.1 Unterschiede in den rechtlichen Verfahren zwischen Deutschland und den ausgewählten Ländern
- 5.2 Vergleich der Regelungen im Hinblick auf Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsschutz

6 Schlussfolgerungen und Ausblick

6.1 Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse

6.2 Ausblick auf mögliche Entwicklungen in der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität in Europa

Literaturverzeichnis

5 Literaturgrundlage

Osterkamp, R. I., & Wunsch, F. (Hrsg.). (2022). *Trans Personen: Zwischen gewollter und ungewollter (Un-)Sichtbarkeit, zwischen direkter und indirekter Diskriminierung*. Springer Verlag.

Scholz, D. (Hrsg.). (2002). *Transidentität und drittes Geschlecht im Arbeitsumfeld: Ein Praxisbuch für Unternehmen und den öffentlichen Dienst*. Springer Gabler Verlag.

Government of Malta, Ministry for Equality, Research and Innovation. (n.d.). *Maltese government guidelines on the recognition of sex, sexuality and gender*. Government of Malta.

Tobler, C., & Dunne, P. (2022). *A comparative analysis of gender equality law in Europe*. European Commission.

International Commission of Jurists. (2011). *Sexual orientation, gender identity and justice: A comparative law casebook*. International Commission of Jurists.

6 Zeitplan

Zeitraum	Aufgaben
20. Okt. – 31. Okt. 2025	Literaturrecherchen zu Begriffsdefinitionen, rechtlichen Regelungen der Geschlechtsidentität in Deutschland und Europa
01. Nov. – 15. Nov. 2025	Analyse der gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland und den ausgewählten Ländern (Malta, Polen, Norwegen, Ungarn)
16. Nov. – 25. Nov. 2025	Auswertung sekundärer Quellen zu den Auswertungen auf Trans Personen und Gesellschaft
26. Nov. -30. Nov. 2025	Erstellung einer Vergleichstabelle und Gliederung der Argumentation
01. Dez. – 15. Dez. 2025	Schreiben des Hauptteils mit Analyse der rechtlichen Unterschiede und Implikationen
16. Dez. – 31. Dez. 2025	Verfassen der Einleitung und des Fazits. Zusammenfassung der Ergebnisse
01. Jan. – 10. Jan. 2026	Überarbeitung und Feinschliff der Arbeit. Korrekturlesen und Quellenangaben einfügen.
11. Jan. – 16. Jan. 2026	Letzte Durchsicht, Plagiatsprüfung, Vorbereitung Druck/PDF, Abgabe